

## Fraktionsauftrag SP betreffend Verkleinerung des Grossen Rats

Vor rund elf Jahren, am 2. Februar 2006, lancierte die SP Graubünden die Initiative „Grosser Rat: 80 sind genug“. Die Initiative wurde zwei Jahre später äusserst knapp mit 50.9 Prozent Nein-Stimmen an der Urne abgelehnt. Seither hat sich der Kanton institutionell massgeblich verändert:

- Die Anzahl Gemeinden im Kanton halbierte sich nahezu. 2006 existierten noch 207 Gemeinden. Aktuell sind es deren 112.
- Mit der Volksabstimmung zur Gebietsreform 2014 wurden die Bezirke, Regionalverbände und Kreise abgeschafft und 2016 durch elf Regionen ersetzt.
- Die Stimmbevölkerung stimmte 2014 einem zeitgemässen kantonalen Finanzausgleich zu. Dieser korrigiert die damaligen Fehlanreize und ist seit 2016 in Kraft.
- Die Regierung hat klare Grundsätze für die Umsetzung der Public Corporate Governance festgelegt und diese per Anfang 2011 umgesetzt.
- Die Verwaltung hat mit HRM2 eine moderne und einheitliche Rechnungslegung eingeführt, die sich an der Privatwirtschaft orientiert und dank dem „True-and-fair“-Prinzip die tatsächlichen Vermögensverhältnisse widerspiegelt.
- Die Zivil- und die Strafgerichtsbarkeit wird seit 2017 von den Regionalgerichten als untere kantonale Gerichte ausgeübt. Mit dem KJS-Auftrag, der in der Aprilsession 2016 vom Grossen Rat überwiesen wurde, steht eine weitere Justiz-Reform im Raum.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich alle zentralen Institutionen des Kantons reformiert haben – mit Ausnahme der Legislative. Obschon der Grosse Rat diverse Reformen anderer Institutionen verabschiedete, war er in der jüngeren Vergangenheit nicht bereit, substanzielle Reformen der Legislative vorzunehmen. In verschiedenen anderen Kantonen wurden die Parlamente schon vor Jahren verkleinert (z.B. Bern, Aargau, St. Gallen, Schaffhausen, Solothurn, Basel-Stadt, Glarus, Fribourg, Luzern, Waadt). Der Bündner Grosse Rat besteht jedoch weiterhin aus 120 Mitgliedern, die mittels eines umstrittenen Wahlverfahrens gewählt werden. Zwecks einer höheren Effizienz wäre eine Verkleinerung jedoch dringend nötig. Zudem würde mit einer Verkleinerung auch eine fairere Repräsentation möglich. Mit der Verkleinerung des Grossen Rates würde dem Volk ein leistungsfähiges und bürgernahes Parlament zur Verfügung stehen.

Die Regierung wird beauftragt, folgende Verfassungsänderung aufzugleisen:

### **Art. 27 (neu) Zusammensetzung und Wahl:**

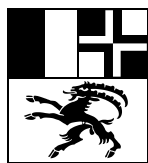
1. *Der Grosse Rat besteht aus 90 Mitgliedern.*
2. *Die Sitze werden entsprechend der schweizerischen Wohnbevölkerung auf die Wahlkreise verteilt.*
3. *Das Wahlverfahren garantiert, dass die Stimmen aller Wählerinnen und Wähler möglichst gleich zur Zusammensetzung des Grossen Rates beitragen.*
4. *Das Weitere regelt das Gesetz.*

### **Übergangsbestimmungen zu Art. 27 KV (neu):**

1. *Die Grossratswahlen 2022 werden entsprechend Art. 27 KV (neu) durchgeführt.*

Chur, 19. April 2017

**Thöny**, Atanes, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Cahenzli-Philipp, Caviezel (Chur), Deplazes, Gartmann-Albin, Jaag, Locher Benguerel, Monigatti, Perl, Peyer, Pult



Sitzung vom

23. Mai 2017

Mitgeteilt den

24. Mai 2017

Protokoll Nr.

471

## **Fraktionsauftrag SP**

betreffend Verkleinerung des Grossen Rats

### **Antwort der Regierung**

Die mit dem Auftrag verlangte Verfassungsänderung beinhaltet gemäss vorgegebener Formulierung (Art. 27 KV und Übergangsbestimmung) folgende drei Bereiche:

- Verkleinerung des Grossen Rats von heute 120 auf 90 Mitglieder (Art. 27 Abs. 1 KV)
- Wechsel vom heutigen Mehrheitswahlverfahren für den Grossen Rat zu einem neuen Wahlverfahren (Art. 27 Abs. 3 KV)
- Durchführung der Erneuerungswahlen 2022 nach der neuen Regelung (Übergangsbestimmung zu Art. 27 KV)

Der Vorstoss geht somit inhaltlich weiter, als der Titel aussagt. Zur Verkleinerung des Grossen Rats konnte sich der Bündner Souverän am 24. Februar 2008 im Rahmen der Abstimmung über die Volksinitiative "Grosser Rat: 80 sind genug" bereits einmal äussern. Die Initiative wurde mit einem Nein-Stimmenanteil von 50.91 Prozent abgelehnt. Die Frage nach der richtigen Parlamentsgrösse war auch schon vorher, im Rahmen der Totalrevision der Kantonsverfassung diskutiert, eine Verkleinerung des Grossen Rats aber verworfen worden (vgl. Botschaft Heft Nr. 10/2001-2002, S. 518). Gar sieben Mal konnte der Souverän bereits direkt die Frage entscheiden, nach welchem Verfahren der Grosse Rat zu wählen ist. Das Volk lehnte dabei einen Wechsel vom geltenden Mehrheitswahlverfahren (Majorz) zu einem Verhältniswahlverfahren (Proporz), stets ab. Letztmals am 3. März 2013 bei der Abstimmung über die Volksinitiative "Für gerechte Wahlen" mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 56,10 Prozent.

Die Unterzeichnenden verweisen zur Begründung ihrer Forderungen auf die in den letzten Jahren im Kanton erfolgten Reformen (Gebiets- und Gemeindereform, Justizreform, Reform Finanzausgleich, HRM2, Public Corporate Governance) und erwarten von einer Verkleinerung des Parlaments eine höhere Effizienz, die Möglichkeit einer faireren Repräsentation und mehr Bürgernähe. Die Regierung hat sich in der Botschaft zur Volksinitiative "Grosser Rat: 80 sind genug" eingehend mit den Kriterien für die Bestimmung der Parlamentsgrösse und den Auswirkungen einer möglichen Verkleinerung auseinandergesetzt (vgl. Botschaftenheft Nr. 7/2007 – 2008, S. 441 ff.). Die damaligen Überlegungen und Schlussfolgerungen sind auch heute noch zutreffend. Die massgeblichen Umstände wie die geografische Ausdehnung, die kulturelle und sprachliche Vielfalt, die Aufteilung in Stadt- und Landgebiete und die wirtschaftlichen und bevölkerungsstrukturmassigen regionalen Unterschiede sind im Wesentlichen gleich geblieben. Daran haben auch die erwähnten Reformen nichts

Entscheidendes geändert. Diese Vielgestaltigkeit des Kantons verlangt ein mitgliederstarkes Parlament, welches die nach wie vor unterschiedlichen Verhältnisse und Bedürfnisse optimal repräsentieren kann. Eine Verkleinerung könnte die hinreichende Vertretung peripherer Räume und der Kantonssprachen in Frage stellen. Wie die Regierung bereits seinerzeit aufgezeigt hatte, ist von einer Verkleinerung des Grossen Rats keine signifikante Effizienzsteigerung zu erwarten. Dafür könnte durch die Mehrbelastung der verbleibenden Mitglieder die Miliztauglichkeit in Frage gestellt werden und für die Qualität der parlamentarischen Tätigkeit wichtiges Fachwissen fehlen. Auch aus finanzieller Sicht drängt sich eine Verkleinerung nicht auf. Die durch die Reduktion möglichen Einsparungen könnten nämlich durch höhere Entschädigungen der verbleibenden Ratsmitglieder infolge Mehrbelastung und Professionalisierung wieder hinfällig werden. Die heutige Parlamentsgrösse erscheint auch im interkantonalen Vergleich angemessen. Der Kanton bewegt sich im Vergleich mit bevölkerungsmässig ähnlich grossen, aber strukturell weniger komplexen Kantonen nach wie vor im Mittelfeld. Die Forderung nach einer Verkleinerung des Grossen Rats ist demnach abzulehnen.

Abzulehnen ist die offensichtliche Forderung nach einem Wechsel vom heutigen Mehrheitswahlverfahren (Majorz) zum Verhältniswahlverfahren (Proporz). Der Souverän hat erst kürzlich - in Kenntnis der Kritikpunkte der Proporzbefürworter - einmal mehr eine entsprechende Volksinitiative deutlich abgelehnt und damit zum Ausdruck gebracht, dass die Repräsentanz der Bevölkerung gemäss ihrer geografischen, kulturellen, sprachlichen, wirtschaftlichen und sozialen Vielfalt höher gewichtet wird, als die Repräsentanz der politischen Parteien. Die Regierung sieht unter diesen Umständen aktuell keinen Handlungsbedarf.

Zur Übergangsbestimmung ist zu bemerken, dass es für eine Durchführung der Erneuerungswahlen 2022 nach dem Verhältniswahlverfahren neben der Verfassungsänderung auch noch einer umfassenden Anschlussgesetzgebung bedürfte. In diesem Zusammenhang wäre es möglich, dass weitere Volksentscheide erforderlich würden, welche die Dauer des Umsetzungsprozesses beeinflussen könnten. Falls sich dieser Prozess nicht rechtzeitig abschliessen liesse, müssten aber die Wahlen 2022 trotz der Übergangsbestimmung noch nach den heutigen Grundlagen durchgeführt werden.

Nach dem Ausgeführten beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag nicht zu überweisen.



Namens der Regierung

Die Präsidentin:

B. Janom Steiner

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

## Incumbensa da la fracziun da la PS concernent la reducziun dal cussegl grond

Avant circa 11 onns, ils 2 da favrer 2006, ha la PS dal Grischun lantschà l'iniziativa "Cussegl grond: 80 bastan". Dus onns pli tard è l'iniziativa vegnida refusada a l'urna mo per paucas cun 50,9 pertschient vuschs negativs. Dapi lura è il chantun sa midà considerablmain en quai che concerna sias instituziuns.

- Il dumber da vischnancas en il chantun è quasi sa smesà. L'onn 2006 existivan anc 207 vischnancas. Actualmain èn quai anc 112.
- Cun la votaziun dal pievel davart la refurma dal territori 2014 èn ils districts, las corporaziuns regiunalas ed ils circuls vegnids abolids e remplazzads l'onn 2016 tras 11 regiuns.
- Las votantas ed ils votants han approvà l'onn 2014 ina gulivaziun chantunala da finanzas moderna. Quella curregia ils fauss impuls da quellas uras ed è dapi l'onn 2016 en vigur.
- La regenza ha fixà clers principis per applitgar la public corporate governance e realisà tala per il cumenzament da l'onn 2011.
- Cun il MAC2 ha l'administraziun introduci in sistem da rendaquint modern ed unitar che s'orientescha a l'economia privata e che reflectescha las relaziuns da facultad effectivas grazia al princip "true and fair".
- La giurisdicziun civila e penala vegn exequida dapi l'onn 2017 da las dretgiras regiunalas sco dretgiras chantunalas inferiuras. Cun l'incumbensa da la CGS ch'è vegnida acceptada dal cussegl grond en la sessiun d'avrigl 2016 vegni lavurà vi d'ina ulteriura refurma da la justia.

Resumond poi vegnir constatà che tut las instituziuns centralas dal chantun èn sa reformadas – cun excepziun da la legislativa. Schebain ch'il cussegl grond ha deliberà differentas refurmas d'autras instituziuns, n'è el betg stà pront ils ultims onns da prender per mauns refurmas substanzialas da la legislativa. En divers auters chantuns èn ils parlaments vegnids reducids gia avant onns (p.ex. Berna, Argovia, Son Gagl, Schaffusa, Soloturn, Basilea-Citad, Glaruna, Friburg, Lucerna, Vad). Il cussegl grond dal Grischun exista anc adina da 120 commembras e commembers che vegnan tschernids cun ina procedura electorala contestada. Per augmentar sia effizienz fissi urgentamain necessari d'al reducir. Cun ina reducziun fissi ultra da quai pussaivel d'avair ina represchentaziun pli gista e pli correcta. Tras ina reducziun dal cussegl grond avess il pievel a disposiziun in parlament effizient che resguarda ils basegns da las burgaisas e dals burgais.

La regenza vegn incumbensada d'instradar la suandanta midada da la constituziun:

### **Art. 27 (nov) Cumposiziun ed elecziun:**

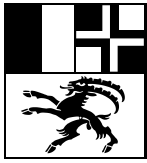
1. *Il cussegl grond sa cumpona da 90 commembras e commembers.*
2. *Ils sezs vegnan repartids sin ils circuls electorals confirm a lur populaziun svizra.*
3. *La procedura electorala garantescha che las vuschs da tut las votantas e votants contribueschan sche pussaivel mintgina cun la medema valur a la cumposiziun dal cussegl grond.*
4. *Il rest vegn reglà tras la lescha.*

### **Disposiziuns transitoricas tar l'art. 27 CC (nov):**

1. *Las elecziuns dal cussegl grond 2022 han lieu tenor l'art. 27 CC (nov).*

Cuira, ils 19 d'avrigl 2017

**Thöny**, Atanes, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Cahenzli-Philipp, Caviezel (Cuira), Deplazes, Gartmann-Albin, Jaag, Locher Benguerel, Monigatti, Perl, Peyer, Pult



Sesida dals

23 da matg 2017

Communitgà ils

24 da matg 2017

Protocol nr.

471

### **Incumbensa da la fracziun da la PS**

concernent la reducziun dal cussegl grond

#### **Resposta da la regenza**

La midada da la constituziun che vegn pretendida cun l'incumbensa cuntegna tenor la formulaziun prescritta (art. 27 CC e disposiziun transitorica) ils suandants trais secturs:

- reducziun dal cussegl grond dad actualmain 120 a 90 commembras e commembers (art. 27 al. 1 CC)
- midada da la procedura da maiorz odierna per eleger il cussegl grond ad ina nova procedura electorala (art. 27 al. 3 CC)
- realisaziun da las elecziuns da renovaziun 2022 tenor la nova regulaziun (disposiziun transitorica tar l'art. 27 CC)

L'intervenziun pretenda pia dapli che quai ch'il titel menziunescha. Concernent la reducziun dal cussegl grond ha il suveran grischun pudì s'exprimer gia ina giada ils 24 da favrer 2008 en il rom da la votaziun davart l'iniziativa populara "Cussegl grond: 80 bastan". L'iniziativa è vegnida refusada cun ina quota da vuschs negativas da 50,91 pertschient. La dumonda pertutgant la dretga grondezza dal parlament è er gia avant vegnida discutada en il rom da la revisiun totala da la constituziun chantunala. Ina reducziun dal cussegl grond è però vegnida refusada (cf. missiva carnet nr. 10/2001-2002, p. 518). Gia set giadas ha il suveran pudì decider directamain davart la dumonda, tenor tge procedura ch'il cussegl grond duai vegnir elegì. Il pievel ha en quest connex adina refusà da midar da la procedura electorala da maiorz a la procedura electorala da proporz. L'ultima giada ils 3 da mars 2013 a chaschun da la votaziun davart l'iniziativa dal pievel "Per elecziuns gistas" cun ina quota da vuschs negativas da 56,10 pertschient.

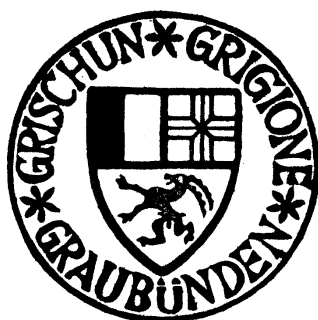
Per motivar lur pretensiuns renvieschan las sutsegnadras ed ils sutsegnaders a las refurmas che han gì lieu ils ultims onns en il Grischun (refurma dal territori e da vischnancas, refurma da las dretgiras, refurma da la gulivaziun da finanzas, MAC2, public corporate governance) e spetgan d'ina reducziun dal parlament in'effizienz pli gronda, la pussaivladad d'ina represchentaziun pli gista e dapli proximitad a las burgaisas ed als burgais. En la missiva tar l'iniziativa populara "Cussegl grond: 80 bastan" è la regenza sa fatschentada detagliadamain cun ils criteris per determinar la grondezza dal parlament e cun las consequenzas d'ina eventuala reducziun (cf. missiva carnet nr. 7/2007-2008, p. 441 ss.). Las ponderaziuns fatgas e las conclusiuns tratgas quella giada valan anc oz. Las circumstanzas decisivas sco l'extensiuon geografica, la diversidad culturala e linguistica, la repartiziun en territoris urbans e rurals

e las differenzas regionalas concernent l'economia e la structura da la populaziun èn en general restadas las medemas. Vi da quai n'han er las refurmas menziunadas midà nagut d'essenzial. Questa multifariadad dal chantun pretenda in parlament cun bleras commembras e cun blers commembers, in parlament che po represchentar anc adina optimalmain las differentas relaziuns ed ils differents basegns. Ina reducziun pudess metter en dumonda ina represchentanza sufficienta dals territoris periferics e da las linguas chantunalas. Co che la regenza aveva mussà gia da quell'uras na po d'ina reducziun dal cussegl grond betg vegnir spetgà in augment significativ da l'effizienz. Pervia da la chargia supplementara da las commembras e dals commembers restants pudess percenter vegnir messa en dumonda l'abiltad da milissa, e la savida spezialisada ch'è impurtanta per la qualitat da la lavur parlamentara pudess mancar. Er ord vista finanziaria na s'impona betg ina reducziun. Eventuals respargns che resultan tras la reducziun pudessan dentant puspè ir a perder, sche las deputadas restantas ed ils deputads restants survegnissan indemnizaziuns pli autas en consequenza da la grevezza supplementara e da la professionalisaziun. La grondezza actuala dal parlament para er dad esser adequata en la cumparegliaziun interchantunala. Cumpareglià cun chantuns che han ina populaziun circa da la medema grondezza, ma structuradas main complexas sa chatta il chantun anc adina entamez. Perquai sto vegnir refusada la pretensiun da reducir il cussegl grond.

Er la pretensiun evidenta da midar da la procedura vertenta da maiorz a la procedura da proporz sto vegnir refusada. Pir dacurt ha il suveran – en enconuschientscha dals puncts crititgads dals aderents da la procedura da proporz – refusà ina giada dapli ina iniziativa dal pievel correspudenta ed ha exprimì cun quai che la represchentanza da la populaziun tenor sia multifariadad geografica, culturala, linguistica, economica e sociala ha dapli pais che la represchentanza da las partidas politicas. Sut questas circumstanzas na vesa la regenza actualmain nagin basegn d'agir.

Concernent la disposiziun transitorica stoi vegnir remartgà ch'ina realisaziun da las elecziuns da renovaziun 2022 tenor la procedura da proporz duvrass – sper la midada da la constituziun – er anc ina legislaziun executiva cumplessiva. En quest connex fissi pussaivel che ulteriuras decisiuns stuessan vegnir prendidas dal pievel che pudessan influenzer la durada dal process da realisaziun. Sche quest process na pudess betg vegnir terminà a temp, stuessan las elecziuns da l'onn 2022 – malgrà la disposiziun transitorica – tuttina vegnir manadas tras tenor las basas odiernas.

Sin basa da las ponderaziuns preschentadas propona la regenza al cussegl grond da betg acceptar questa incumbensa.



En num da la regenza

La presidenta:

B. Janom Steiner

Il chancelier:

dr. C. Riesen

## Incarico di frazione PS concernente un Gran Consiglio più piccolo

Circa undici anni fa, il 2 febbraio 2006, il PS grigionese ha lanciato l'iniziativa "Gran Consiglio: 80 ne bastano". Due anni più tardi l'iniziativa è stata respinta di strettissima misura alle urne con il 50,9 per cento di voti contrari. Da allora il Cantone è notevolmente cambiato dal profilo istituzionale:

- Il numero di comuni del Cantone si è quasi dimezzato. Nel 2006 i comuni erano ancora 207. Attualmente sono 112.
- Con la votazione popolare relativa alla riforma territoriale nel 2014 i distretti, le corporazioni regionali e i circoli sono stati soppressi e sostituiti nel 2016 da undici regioni.
- Nel 2014 il Popolo ha approvato in votazione una perequazione finanziaria cantonale al passo con i tempi. Essa ha corretto i falsi incentivi allora esistenti ed è entrata in vigore nel 2016.
- Il Governo ha stabilito chiari principi per la realizzazione della Public Corporate Governance e li ha messi in atto all'inizio del 2011.
- Con MCA2 l'Amministrazione ha introdotto una presentazione dei conti moderna e unitaria che si orienta all'economia privata e che grazie al principio "True-and-fair" riflette l'effettiva situazione di sostanza.
- Dal 2017 la giurisdizione civile e penale è esercitata dai tribunali regionali quali tribunali cantonali inferiori. Con l'incarico della CGSic, accolto dal Gran Consiglio nella sessione di aprile 2016, è in sospenso un'ulteriore riforma giudiziaria.

Riassumendo si può concludere che tutte le istituzioni fondamentali del Cantone sono state oggetto di riforma, fatta eccezione per il legislativo. Benché il Gran Consiglio abbia approvato varie riforme di altre istituzioni, nel recente passato non è stato disposto a procedere a sostanziali riforme del legislativo. In diversi altri Cantoni i parlamenti sono stati resi più piccoli già diversi anni fa (ad es. Berna, Argovia, San Gallo, Sciaffusa, Soletta, Basilea Città, Glarona, Friburgo, Lucerna, Vaud). Il Gran Consiglio grigionese è tuttavia ancora composto da 120 membri, eletti secondo una procedura elettorale controversa. Per aumentare l'efficienza sarebbe tuttavia assolutamente necessario renderlo più piccolo. Inoltre ciò consentirebbe anche una rappresentazione più equa. Rendendo il Gran Consiglio più piccolo, il Popolo disporrebbe di un Parlamento efficiente e prossimo al cittadino.

Il Governo viene incaricato di avviare la seguente modifica costituzionale:

### **Art. 27 (nuovo) Composizione e nomina:**

1. *Il Gran Consiglio è composto di 90 membri.*
2. *I seggi sono ripartiti tra i circondari elettorali in proporzione alla popolazione svizzera ivi residente.*
3. *La procedura elettorale garantisce che i voti di tutti gli elettori contribuiscano possibilmente in pari misura alla composizione del Gran Consiglio.*
4. *La legge disciplina i dettagli.*

### **Disposizioni transitorie dell'art. 27 Cost. cant. (nuovo):**

1. *Le elezioni del Gran Consiglio 2022 si svolgono in conformità all'art. 27 Cost. cant. (nuovo).*

Coira, 19 aprile 2017

**Thöny**, Atanes, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Cahenzli-Philipp, Caviezel (Coira), Deplazes, Gartmann-Albin, Jaag, Locher Benguerel, Monigatti, Perl, Peyer, Pult



Seduta del

23 maggio 2017

Comunicata il

24 maggio 2017

Protocollo n.

471

### **Incarico di frazione PS**

concernente un Gran Consiglio più piccolo

### **Risposta del Governo**

Secondo la formulazione stabilita (art. 27 Cost. cant. e disposizione transitoria), la modifica costituzionale richiesta nell'incarico interessa i tre settori seguenti:

- riduzione del Gran Consiglio dagli attuali 120 a 90 membri (art. 27 cpv. 1 Cost. cant.)
- passaggio dall'attuale sistema maggioritario per il Gran Consiglio a un nuovo sistema elettorale (art. 27 cpv. 3 Cost. cant.)
- svolgimento delle elezioni di rinnovo 2022 secondo la nuova regolamentazione (disposizione transitoria relativa all'art. 27 Cost. cant.)

L'intervento parlamentare va quindi oltre quanto indicato nel titolo. Il Popolo grigionese ha già potuto esprimersi una volta in merito a un Gran Consiglio più piccolo nel quadro della votazione relativa all'iniziativa popolare "Gran Consiglio: 80 ne bastano" del 24 febbraio 2008. L'iniziativa è stata respinta con una quota di no pari al 50,91 per cento. La questione relativa alla giusta dimensione del Parlamento era già stata discussa anche in precedenza, nel quadro della revisione totale della Costituzione cantonale; una riduzione del Gran Consiglio era però stata respinta (cfr. messaggio quaderno n. 10/2001 -2002, p. 518). Sono state addirittura sette le volte in cui al Popolo è stato chiesto direttamente di decidere in merito alla procedura per eleggere il Gran Consiglio. In tali occasioni il Popolo ha sempre respinto un passaggio dal vigente sistema maggioritario a un sistema proporzionale. L'ultima volta lo ha fatto il 3 marzo 2013 con il 56,10 per cento di no in occasione della votazione relativa all'iniziativa popolare "Per un sistema elettorale giusto".

A titolo di motivazione delle loro richieste, le firmatarie e i firmatari rinviano alle riforme realizzate nel Cantone negli ultimi anni (riforma territoriale e dei comuni, riforma giudiziaria, riforma della perequazione finanziaria, MCA2, Public Corporate Governance) e da una riduzione del Parlamento si attendono una maggiore efficienza, la possibilità di una rappresentazione più equa e maggiore prossimità al cittadino. Nel messaggio relativo all'iniziativa popolare "Gran Consiglio: 80 ne bastano", il Governo si è confrontato a fondo con i criteri per la determinazione delle dimensioni del Parlamento e con le conseguenze di una sua possibile riduzione (cfr. messaggio quaderno n. 7/2007 – 2008, p. 441 segg.). Le riflessioni formulate a suo tempo sono tuttora pertinenti. Le circostanze determinanti quali l'estensione geografica, la molteplicità culturale e linguistica, la suddivisione in aree urbane e rurali e le differenze regionali in termini economici e demografici sono sostanzialmente rimaste invariate.

Nemmeno le riforme menzionate hanno portato a mutamenti determinanti a questo proposito. Questa varietà cantonale richiede un Parlamento con un gran numero di deputati, che sappia tuttora rappresentare in modo ottimale le differenti condizioni e i differenti bisogni. Una riduzione potrebbe mettere in discussione la sufficiente rappresentanza delle aree periferiche e delle lingue cantonali. Come spiegato già a suo tempo dal Governo, da una riduzione del Gran Consiglio non vi è da attendersi un significativo aumento dell'efficienza. In cambio, l'onere supplementare per i membri rimanenti potrebbe mettere in discussione la forma di Parlamento di milizia e portare alla mancanza di conoscenze specialistiche importanti per la qualità dell'attività parlamentare. Una riduzione non si impone nemmeno dal profilo finanziario. I possibili risparmi ottenuti con una riduzione potrebbero venire annullati dalle indennità superiori versate ai deputati rimanenti a seguito del maggiore onere e della professionalizzazione. L'attuale grandezza del Parlamento appare opportuna anche nel confronto intercantonale. Nel confronto con Cantoni di dimensioni simili per quanto riguarda la popolazione ma strutturalmente meno complessi, il Cantone si situa tuttora nella parte centrale della graduatoria. La richiesta di una riduzione del Gran Consiglio deve perciò essere respinta.

Va respinta l'evidente richiesta di passaggio dall'attuale sistema maggioritario al sistema proporzionale. Solo recentemente, il Popolo – consapevole dei punti critici sollevati dai favorevoli al sistema proporzionale – ha respinto in modo chiaro una volta di più una corrispondente iniziativa popolare, esprimendo in tal modo la volontà di dare maggiore peso alla rappresentanza della popolazione secondo la sua diversità geografica, culturale, linguistica, economica e sociale rispetto alla rappresentanza dei partiti politici. In queste circostanze il Governo non vede attualmente alcuna necessità di agire.

Con riguardo alla disposizione transitoria va osservato che per uno svolgimento delle elezioni di rinnovo 2022 secondo il sistema proporzionale, oltre alla modifica costituzionale sarebbe necessario un ampio diritto derivato. A tale riguardo potrebbero essere necessarie ulteriori decisioni popolari, le quali potrebbero influenzare la durata del processo di attuazione. Qualora questo processo non potesse essere concluso per tempo, le elezioni del 2022 dovrebbero essere svolte secondo le basi attuali, nonostante la disposizione transitoria.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di non accogliere il presente incarico.



In nome del Governo

La Presidente:

B. Janom Steiner

Il Cancelliere:

Dr. C. Riesen